

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1/2026

BÖSE UNTERGRIFFE GEGEN MENSCHENRECHTSAKTIVIST/EN/INNEN

Die seriöse Aufdeckung, Dokumentation und Veröffentlichung von Menschenrechtsverbrechen führt für die von der UNO beauftragten Personen zu massiven Angriffen auf ihre Integrität.

Francesca Albanese ist bis 2028 UN-Sonderbericht-erstatteerin für die besetzten Gebiete Palästinas. Für das Dokumentieren der israelischen Gräueltaten und die Forderung, den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu dem Intern. Strafgerichtshof zuzuführen, wurde sie unter anderem von der Trump-Regierung sanktioniert. Kürzlich ereignete sich folgender Vorfall: Ein Interview Albaneses im Sender Al-Jazeera wurde als Video von israelischer Seite an die Außenminister Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Tschechiens weitergeleitet. Der Inhalt des Videos führte zu einer Rücktrittsforderung an Albanese, der sich auch Österreichs Außenministerin Meindl-Reisinger mittels X-Posting anschloss.

Wie sich aber herausstellte, wurde durch KI-Bearbeitung des Videos, das Interview verzerrt und gekürzt dargestellt, womit ein völlig falscher Eindruck entstand. Es wurde suggeriert, dass Albanese sagte „Israel ist der gemeinsame Feind der Menschheit“. Nachweislich hat Albanese weder Israel noch sein Volk als Feind der Menschheit bezeichnet. In Frankreich wurde Anzeige wegen der Verbreitung „falscher Informationen“ erstattet. Meindl-Reisinger löschte den X-Eintrag kommentarlos, ohne auf die Fälschung hinzuweisen oder sich zu entschuldigen, es nicht geprüft zu haben. Dieses Verhalten ist nicht überraschend, da Österreich ja klar auf der Seite Israels steht und die Diffamierung von Israelkritik leicht über die Lippen kommt.

Die Geschäftsführerin von Amnesty International

Österreich, Shoura Zehetner-Hashemi, schreibt zu diesem Skandal im Außenministerium:

„Zwei Staaten (gemeint Österreich und Deutschland), die um einen Sitz im höchsten UN-Gremium konkurrieren, diskreditieren eine unabhängige UN-Expertin auf Basis von Desinformation. Sie greifen nicht nur eine Person an, sondern untergraben das gesamte System der Sonderbericht-erstatte-erstatte-erstatte – jenes System, das seit Jahrzehnten unbequeme Wahrheiten ausspricht, gerade weil es unabhängig ist.

Die Ironie ist bitter: Gerade jetzt, wo die regelbasierte internationale Ordnung unter Druck steht, bräuchte es Staaten, die UN-Mechanismen verteidigen – auch wenn deren Berichte unbequem sind. Stattdessen erleben wir, wie zwei europäische Demokratien jene Institutionen schwächen, in denen sie mitgestalten wollen. Wer im UN-Sicherheitsrat mitentscheiden will, sollte verstehen, wie die UN funktionieren. Wer internationale Verantwortung übernehmen will, sollte nicht bei kritischen Stimmen in destruktive Reflexe verfallen. Und wer Glaubwürdigkeit anstrebt, sollte nicht auf Basis manipulierter Videos internationale Institutionen angreifen“.

Amnesty Österreich wurde übrigens vom Verein „Solidarität Israel“, unter anderem gegründet vom ehemaligen Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka (ÖVP), aufgefordert, seine Finanzen offenzulegen und Spender zu nennen. Wieder einer dieser ekelhaften Untergriffe und Einschüchterungen von israelischer Seite.

Auch der Hohe UN-Repräsentant für Menschenrechte, der österreichische Diplomat Volker Türk, ist immer wieder Anfeindungen und Verleumdungen ausgesetzt.

IN DIESER AUSGABE

New START-Vertrag

>>> Seite 5

Gnadenloses Israel

>>> Seite 6

Mission Vorwärts Rüstung

>>> Seite 7, 8

Liebe Leserinnen und Leser!

Viel Kritik erntet **Israels rechte Regierungskoalition** für ihre Aktionen und den Bau neuer jüdischer Siedlungen im Westjordanland, der anhaltenden Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung und der Freigabe des Landkaufs für Juden. Zuletzt war von UN-Seite von „ethnischen Säuberungen“ die Rede. Erklärtes Ziel ist die Verhinderung einer Zwei-staatenlösung. Die brutalen Zustände in israelischen Gefängnissen, wo nichtjüdische Insassen ohne rechtlichen Beistand, ohne Anklage unter Folter, Demütigung und Hunger leiden, zeigt, dass Israel den Respekt vor den Grundregeln der Humanität völlig verloren hat. Auch die Angriffe auf Menschenrechtsaktivist/en/innen der UNO (siehe Leitartikel) und weitere Kriegsverbrechen (Seite 6) machen dies deutlich.

Der letzte Vertrag für Obergrenzen bei strategischen Nuklearwaffen zwischen USA und Russland ist aus-

gelaufen. Wir berichten über diesen **New START-Vertrag** (Seite 5). In Südafrika wurden **österreichische Anti-Apartheidaktivist/en/innen** geehrt, dabei auch ein früheres Vorstandsmitglied des Österreichischen Friedensrates (Seite 3).

Der Linzer Altbischof **Maximilian Aichern** verstarb am 31. Jänner 2026 im 94. Lebensjahr. Bischof Aichern war interessierter Leser von betriFFT frieden und Verfasser von Grußbotschaften zum Hiroshimagedenken am 6. August.

Manfred Sauer (Red.)

P.S. Wir ersuchen um Überweisung der Mitglieds- bzw. ABO-Beiträge und eventueller Spenden für 2026. Danke

Alle, die für unsere Veranstaltungen eingeladen werden wollen, ersuchen wir um Übermittlung einer e-Mail Adresse (um Porto zu sparen) an pax.vienna@chello.at

DER ANDERE FRIEDENSRAT

US-Präsident Donald Trump hat einen Friedensrat gegründet, als Gegenmodell zu den Vereinten Nationen. Mit politischen Günstlingen aus verschiedenen Ländern möchte er seine Sicht auf die Welt umsetzen. Was der „tollste und gescheiteste“ Präsident aller Zeiten nicht bedenkt, es gibt schon einen Friedensrat, international wie auch in Österreich. Der hiesige Friedensrat macht wenigstens seriöse Friedensarbeit und Interessenten können billiger als mit einer Milliarde USD Mitglied werden.

TERMIN

FRIEDENSINITIATIVE 22/ ÖSTERREICHISCHER FRIEDENSRAT

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen) Pfarrzentrum (Zugang hinter der Bushaltestelle)

Do. 16. April 2026, 19 Uhr, Thema: Menschenrechts-NGOs unter Druck – Amnesty International. Vortrag und Diskussion mit der Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, Frau Shoura Zehetner-Hashemi

HILFSPROJEKT

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum für das Südliche Afrika (SADOC, Nachfolgeorganisation der Österr. Anti-Apartheid-Bewegung) bittet um Unterstützung im folgenden Fall: 2002 wurden in Zusammenarbeit mit einer österr. Firma zwei Buben aus Angola, Opfer von Landminen, zur medizinischen Behandlung ins Krankenhaus Mistelbach geholt. Parallel wurde dort eine Fotoausstellung über den Bürgerkrieg in Cuito organisiert (es gibt eine SADOCC-Broschüre dazu). Einer der Buben ist verstorben, der andere – Elisio – konnte mit Prothese nach Angola zurückkehren. Mit privater Unterstützung absolvierte er die Schule und hat vor kurzem sein Jusstudium beendet und eine Stelle in einer Bank gefunden. Nun braucht er eine neue Prothese (wieder Mistelbach, weil in Angola in der Qualität nicht möglich) um 12.000 Euro. SADOCC-Treffen mit Elisio im April wäre möglich (wenn jemand bei LinkedIn ist: <https://ao.linkedin.com/in/elsio-almeida-850568208>).

Der Österreichische Friedensrat unterstützt dieses Projekt und ersucht um Projektspenden auf das Konto UniCedit/Bank Austria IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900 Konto ÖFR Kennwort Elisio Angola. Die gesammelten Beträge werden an SADOCC weitergeleitet. www.sadocc.at

Herzlichen Dank.

HOHE EHRE FÜR ÖSTERREICHISCHE ANTI-APARTHEID-AKTIVIST/EN/INNEN

Anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Alexander van der Bellen und Ehefrau Doris Schmidauer Anfang Juni 2025 in Südafrika wurden im Freedom Park, der zentralen Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt in Südafrika, besondere Österreicherinnen und Österreicher geehrt. Die riesige Wall of Names wurde durch sechs Namen von Personen, die sich im Einsatz für ein freies und demokratisches Südafrika verdient gemacht haben, ergänzt. In Abstimmung mit der österreichischen Botschafterin in Südafrika, Romana Königsbrun, schlug SADOCC (Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika, die Nachfolgeorganisation der Österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), folgende verdiente Personen vor:

Konrad Ginther (1934-2012): langjähriger Direktor des Instituts für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz und Mitglied des Beirats der AAB.

Elfriede Grundböck (1924-2001): in jungen Jahren Mitglied der (illegalen) KPÖ, Generalsekretärin des Österreichischen Friedensrates, Gründungs- und Beiratsmitglied der AAB, knüpfte Beziehungen zu den Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika) und SWAPO (Namibia).

Helmut Ornauer (1938-2022): langjähriger Direktor der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission mit besonderem Interesse für Südafrika, er startete Kampagnen zur Freilassung politischer Häftlinge, plante mit Bischof Florian Kuntner eine Solidaritätsreise nach Südafrika, allerdings wurde beiden von südafrikanischer Seite das Visum verweigert.

Elfriede Pekny (1947-2004): Gründungs- und Vorstandsmitglied der AAB, 1993 Generalsekretärin von SADOCC, schon als Jugendliche in der Evangelischen Kirche gegen Fremdenhass und Rassismus engagiert.

Waltraud Schütz (1957-2005): Nationalratsabgeordnete (SPÖ) mit Engagement bei AAB-Aktionen sowie für Boykott und Sanktionen gegen das Apartheidregime, in der Vereinigung europäischer Parlamentarier war sie an der Vorbereitungen für die Unabhängigkeit Namibias beteiligt.

Ulrich Trinks (1930-2008): langjähriger Direktor der Evangelischen Akademie und Unterstützer des Programms des Weltkirchenrates gegen Rassismus,

welches die lutherische Kirchenleitung damals ablehnte, tragende Rolle bei der Gründung der AAB.



Fotoquelle: ÖPK/Peter Lechner

The Wall of Names

Van der Bellen legte im Beisein des südafrikanischen Kulturministers Gayton McKenzie auch einen Kranz nieder.

Quelle: Zeitschrift INDABA – Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika Ausgabe 127/25. www.sadocc.at

VERSTORBEN:

Matthias Reichl, Friedensaktivist

Matthias Reichl verstarb am 5. Jänner 2026 im Alter von 84 Jahren. Er war einer der umtriebigen Friedensaktivisten in Österreich. Nicht nur das wichtige Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit in Bad Ischl, welches er mit seiner Frau Maria 1976 gründete, gehörte zu seinem Engagement, sondern der Aufbau einer umfangreichen Bibliothek, die Herausgabe eines informativen Rundbriefes und die regelmäßigen Sendungen im Freien Radio Salzkammergut. Bei zahlreichen Veranstaltungen und Protesten konnte man ihn treffen. Sein Prinzip war es sich konsequent für Frieden, Gewaltlosigkeit und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Die Friedensbewegung hat ein wichtiges Mitglied verloren. Unsere Anteilnahme gilt der Familie.

ÖFR

LETZTER VERTRAG ZUR BEGRENZUNG WEITREICHENDER ATOMWAFFEN AUSGELAUFEN

Am 5. Februar 2026 ist der letzte Vertrag zur Begrenzung strategischer Atomwaffen zwischen den USA und Russland nach einer bereits einmaligen Verlängerung nun endgültig Geschichte. Es ist dies der New-START-Vertrag (New Strategic Arms Reduction Treaty). Somit endet die Begrenzung der Sprengköpfe und Trägermittel und ein neuerliches nukleares Wettrüsten ist nicht ausgeschlossen.

Der Vertrag wurde als Ersatz früherer Abkommen ausgehandelt und 2010 vom US-Präsidenten Barack Obama und dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew unterzeichnet. Neben der Festlegung verschiedener Obergrenzen im Waffenbereich waren als vertrauensbildende Maßnahmen kurzfristige Kontrollen auf beiden Seiten möglich. Die jährliche maximale Anzahl der Inspektionen war festgelegt, wurde aber in der Zeit der Covid-Pandemie ausgesetzt. Der russische Präsident Putin setzte 2023 die Mitwirkung am Vertrag wegen der Unterstützung der Ukraine durch die USA einseitig aus. Davor wurde der Vertrag knapp vor seinem Auslaufen 2021 nochmals um fünf Jahre verlängert.

Von Seiten der USA werden mögliche neue Verhandlungen, allerdings unter Einbeziehung des Atomwaffenarsenals der Volksrepublik China, angedeutet (Trump), was China allerdings ablehnt. Von Russland kam vorerst die Meldung, dass man sich bis auf weiteres an die Bestimmungen des Vertrags halten wird.

Papst Leo XIV. hat am 4. Februar 2026 im Rahmen der Generalaudienz das Ende des New-START-Vertrags kritisiert und USA und Russland aufgefordert, rasch für einen konkreten und wirksamen Nachfolgevertrag zu sorgen. Auch der Vorsitzende der US-Bischöfe, Erzbischof Paul S. Coakley, nannte am 3. Februar 2026 angesichts der wachsenden globalen Spannungen, das Auslaufen des Vertrages als inakzeptabel. Gleichzeitig rief er die Menschen zum Gebet für Frieden und Abrüstung in der Welt auf. Nur durch mutige politische Entscheidungen und internationale Zusammenarbeit könne ein dauerhafter und gerechter Frieden erreicht werden.

Etliche Rüstungskontrollverträge und Abrüstungsabkommen sind im Laufe der Jahre ausgelaufen oder aufgekündigt worden. Die Zukunft dieser Art von Abkommen ist alles andere als rosig.

NUKLEARWAFFENVERBOT

Mit Ende Jänner 2026 haben 99 Staaten das NW-Verbot (TPNW Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons) unterschrieben und 74 Länder den Vertrag auch ratifiziert. Die erste Überprüfungs-Konferenz des Vertrages findet vom 30. November bis 4. Dezember 2026 im UN-Hauptquartier in New York statt. Beim Dritten Staatentreffen (3.-7.3.2025) wurden Themen für New York beschlossen und Südafrika für die Präsidentschaft der Konferenz bestimmt. Österreich hat maßgeblich zur Entstehung dieses völkerrechtlichen Nuklearwaffenverbots beigetragen.

DIE ZEIGER DER DOOMSDAY CLOCK VERÄNDERT

Die Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock) der Zeitschrift Bulletin of the Atomic Scientists zeigt über viele Jahre die Gefahren für die Erde und die Menschen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auf. Jedes Jahr könnten die Zeiger Minuten oder Sekunden weg oder in Richtung Mitternacht verschoben werden, je nach Weltlage. Am 22.1.2026 wurden die Zeiger auf 85 Sekunden vor 12 gesetzt, somit abermals näher zu Mitternacht. Noch nie zeigten die Zeiger eine so dramatische Entwicklung.

Als Grund wurde die verstärkte nukleare Gefahr durch neue Atomwaffen, das Wettrüsten und die mangelte Rüstungskontrolle angeführt. Zusätzlich spielten der Klimawandel und vier bedenkliche Entwicklungen in den Biowissenschaften, besonders Biowaffenprogramme und Künstliche Intelligenz, eine Rolle.

Red.

NEW START-VERTRAG

New START-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty – Vertrag zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen der USA und Russlands) auch Prague Treaty genannt. Dieser Vertrag ist das Nachfolge-Abkommen zum START-I-Vertrag bzw. zur Zwischenlösung SORT (Strategic Offensive Reductions Treaty) von 2002. SORT enthielt aber keine Verifikationsbestimmungen. Der START-I-Vertrag lief am 4.12.2009 aus. New START wurde am 26. März 2010 bekannt, die Unterzeichnung war am 8. April 2010 in Prag und nach der Ratifizierung trat das Abkommen am 5. Februar 2011 in Kraft.

Die 16 Artikel beschreiben die Reduktionen und die Überprüfungsmöglichkeiten.

Die Atomsprengköpfe auf strategischen Trägersystemen (Interkontinentalraketen, Langstreckenraketen auf U-Booten und Langstreckenbomber werden auf je 1.550 Stück verringert.

Die Zahl der vorher genannten stationierten und nicht stationierten Waffensysteme wird je Land auf 800 Stück, davon maximal 700 als stationiert, begrenzt.

Sieben Jahre nach Inkrafttreten (2018) müssen diese Zahlen erreicht werden, was bereits am 5. Februar 2018 der Fall war.

Die Vertragsdauer ist mit zehn Jahre festgesetzt und kann um fünf Jahre verlängert werden.

Einige der Verifikationsmechanismen:

- 1) 18 Vor-Ort-Inspektionen pro Jahr
- 2) ein Datenaustausch zweimal in Jahr
- 3) regelmäßiger Austausch von telemetrischen Informationen
- 4) Benachrichtigung über den Status der stationierten und nicht-stationierten Trägersysteme bzw. Neustationierung oder Abzug
- 5) Deklaration und Präsentation aller neuen Typen von vertragsrelevanten Systemen
- 6) Vorankündigung wichtiger strategischer Übungen mit Einbindung vertragsrelevanter Systemen
- 7) Mitteilung über die Beseitigung von vertraglich erfasster Systemen oder die Umwandlung in einen nichtnuklearen Zustand.
- 8) Einrichtung einer Bilateralen Konsultativen Kommission, die sich zweimal im Jahr trifft (wurde zu COVID-Zeiten 2020 ausgesetzt)
- 9) Benachrichtigung vor allen Raketenstarts vertragsrelevanter Systemen

10) der Einsatz nationaler technischer Verifikationsmittel (Satelliten) in einer Weise, die mit dem Völkerrecht vereinbar ist, wird erlaubt, diesbezügliche Verschleierungsmaßnahmen werden verboten

Der Verlauf des Vertrages

Neben der Reduzierung atomarer Waffen werden „die durch die Umsetzung des Vertrages bereitgestellten Informationen dazu beitragen, das Risiko strategischer Überraschungen, mögliches Misstrauen und Fehleinschätzungen, zu verringern“ (Zitat US-Außenministerium).

Es fanden 328 Vor-Ort-Inspektionen statt, 25.449 Notifikationen wurden ausgetauscht, 19 Sitzungen der Beratungskommission abgehalten und 42 halbjährliche Datenaustausche über strategische Offensivwaffen durchgeführt.

Da die Vertragsdauer mit zehn Jahren begrenzt war, musste das Abkommen am 5. Februar 2021 auslaufen. Die US-Präsidentschaft Trump I wollte Neuverhandlungen des Vertrags unter Einbeziehung Chinas, was von dort mit dem Hinweis auf die gravierenden Unterschiede in der Anzahl der Atomsprengköpfe, abgelehnt wurde. Im Oktober 2020 bot der russische Präsident Putin eine Verlängerung ohne Bedingungen um ein Jahr an, was wiederum von Trump unter Hinweis auf das Chinathema abgelehnt wurde. Der Wahlsieg Bidens in den USA führte am 26. Jänner 2021 zu einer Einigung über eine Verlängerung um weitere fünf Jahre.

Auf Grund der US-Sanktionen wegen des Ukrainekrieges setzte Putin im August 2022 die Waffeninspektionen aus und im November auch die weiteren Gespräche zu den Inspektionen. Im Februar 2023 verkündete Putin, Russland würde das Abkommen nicht aufkündigen aber insgesamt aussetzen. Vor dem drohenden Auslaufen am 5. Februar 2026 bot Präsident Putin am 22. September 2025 an, dass sich Russland an zentralen Beschränkungen des Vertrages halten würde, wenn die USA „in ähnlichem Sinne“ handeln. Ein geplantes Abwehrsystem der USA durch weltraumgestützte Raketen würde das Angebot zunichte machen. Eine klare Zusage der USA fehlt bis heute.

Ein Auslaufen des New START-Vertrages ohne geeignetem Nachfolgeabkommen könnte zu einer Eskalation des nuklearen Wettrüsten auch durch weitere Staaten führen.

Quelle: IPPNW-Deutschland
Zusammenstellung: Red.

EIN EHEMALIGER SCHÜLER EINER QUÄKERSCHULE MUSS MIT MONATELANGER HAFT IN EINEM ISRAELISCHEN MILITÄR-GEFÄNGNIS RECHNEN

Der ehemalige Schüler der Ramallah Friends School, Shadi Khoury, wurde von einem israelischen Militärgericht zu 32 Monaten Haft und einer Geldstrafe von 12.000 Schekel verurteilt. Der Palästinenser wurde aufgrund unbegründeter Vorwürfe der Teilnahme an einem Protest vor über drei Jahren verurteilt, als er noch ein Kind war. Shadi, der alle Anschuldigungen stets bestritten hat, muss sich am 29. März stellen.

Als Shadi im Oktober 2022 im Alter von 16 Jahren von der israelischen Armee verhaftet wurde, wurde er mit verbundenen Augen und barfuß aus seinem Haus geholt und 40 Tage lang ohne Anwesenheit oder Unterstützung seiner Eltern festgehalten. Während seiner Haftzeit musste er Schläge, Isolation und intensive Überwachung ertragen. Diese willkürliche Inhaftierung und Behandlung stellen einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht und die UN-Kinderrechtskonvention dar, die Israel unterzeichnet und ratifiziert hat. Trotz dieser Herausforderungen setzte Shadi sein Studium unter Hausarrest fort. Er schloss die 150 Jahre alte Ramallah Friends School ab und studiert nun an der Birzeit-Universität in Palästina.

Israel ist nach wie vor das erste und einzige Land der Welt, das Kinder systematisch vor Militärgerichten anklagt. Jährlich werden zwischen 500 und 700 palästinensische Kinder, darunter auch solche im Alter von nur 12 Jahren, nach israelischem Militärrecht festgenommen und strafrechtlich verfolgt. Israelische Siedler, die im selben Gebiet leben, unterliegen dem israelischen Zivilrecht. Dieses duale Rechtssystem wurde von bedeutenden Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, als völkerrechtlich gleichbedeutend mit Apartheid bezeichnet.

Seit Oktober 2023 haben sich die Bedingungen für die Palästinenser im Westjordanland verschlechtert. Allein im Jahr 2025 töteten israelische Streitkräfte und Siedler 671 Palästinenser im Westjordanland, darunter 129 Kinder. Die israelischen Streitkräfte haben auch ihre willkürlichen Verhaftungen von Palästinensern, darunter auch Kinder, verstärkt; die Zahl der Inhaftierten hat sich seit Oktober 2023 fast siebenfach.

Shadis Familie erwägt, gegen sein Urteil Berufung einzulegen. Seine Mutter Rania beschreibt ihn als warmherzig, schüchtern und selbstbewusst. „Shadi ist stark und widerstandsfähig“, sagte sie im Januar vor der Urteilsverkündung. „Er ist weiterhin zusehends sichtbar.“ Sie warnte jedoch, dass der Schüler ein Trauma erleide, das er niemals vergessen werde. Oliver Robertson, Leiter der Abteilung für Zeugnis und Gottesdienst der Quäker in Großbritannien, sagte: „Dieses Urteil ist eine deutliche Erinnerung an die systemische Ungerechtigkeit, der palästinensische Kinder ausgesetzt sind.“

„An der Ramallah Friends School lernte Shadi die gewaltfreie Friedensarbeit im Einklang mit den Werten der Quäker kennen. Sein Mut ist ein Leuchtfeuer der Hoffnung in dunklen Zeiten.“

„Auch heute noch halten wir ihn und alle Kinder, die Ungerechtigkeit erfahren, im Licht und beten dafür, dass Frieden und Gerechtigkeit siegen.“

Lesen Sie mehr über Shadis Leidensgeschichte:
<https://afsc.org/newsroom/justice-shadi-khoury-and-all-palestinian-children>

Aus: „Independent Catholic News“, London 20.2.2026
<https://www.indcatholicnews.com/news/54400>

ISRAEL VERHINDERT AUF FIESE WEISE RÜCKKEHR IN DIE GRENZDÖRFER IM LIBANON

Wie Medien berichten (z.B. ARD Tagesschau vom 12.2.2026) besprüht Israel mit Kleinflugzeugen die Felder der noch verlassenen Grenzdörfer im Libanon mit Glyphosat, einem Pflanzengift das von der Weltgesundheitsorganisation WHO als „krebserregend“ eingestuft wird. In der hohen verwendeten Konzentration wirkt das Totalherbizid pflanzentötend. Damit soll die Rückkehr der Bevölkerung verhindert werden. Wieder ein weiteres Kriegsverbrechen der israelischen Regierung.

Red.

MISSION VORWÄRTS AUCH BEI DER RÜSTUNG

Bei der jährlichen Veranstaltung zum „Tag der Wehrpflicht“ am 20. Jänner 2026 formulierte der stv. Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Mag. Peter Koren, im Festsal der IV folgendes Ersuchen an die Politik: Die Industrie brauche Sicherheit. Es brauche eine Änderung des Bundesvergabe- des Außenwirtschaftsgesetzes und des Kriegsmaterialgesetzes sowie eine Neuinterpretation der Neutralität. Die Zeitenwende zur Kriegsfähigkeit soll auch die Rüstungsindustrie befeuern und ihre blutigen Geschäfte erleichtern. Fast dankbar wurden diese Forderungen von der österreichischen Politik aufgegriffen und werden derzeit umgesetzt. Die Nervosität der Waffenindustrie gründet sich auch darauf, dass kürzlich Exportgeschäfte wegen langer Entscheidungsdauer der Behörden nicht zustande gekommen sind.

Wirtschaftsminister Josef Hattmannsdorfer (ÖVP) und der für Verwaltungsvereinfachung zuständige Staatssekretär Sepp Schellhorn (NEOS) erarbeiten nun entsprechende Rahmenbedingungen und Gesetzesänderungen für ein problemloses exportieren von militärisch verwendbaren Gütern.

Dazu das BM für Wirtschaft, Energie und Tourismus:

Die Änderungen zielen darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie zu erhöhen, die angesichts der Aufrüstung in Europa von dieser profitieren möchte. Es wird betont, dass die Rüstungsindustrie ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist. Europa investiert massiv in Sicherheit und Verteidigung: Mit "Readiness 2030" stehen bis zu 800 Milliarden Euro im Raum, die Verteidigungsbudgets steigen europaweit dieses Jahr um ca. 11 Prozent. Österreichische Unternehmen sind Teil dieser europäischen Wertschöpfungsketten – allein 2025 wurden laut der aktuellsten Statistik des BMWET Sicherheits-Exporte im Umfang von 3,944 Milliarden Euro genehmigt. Dieses Umfeld bietet enorme Chancen für Innovation, industrielle Kooperation und Beschäftigung im Inland.

Folgende Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Rüstungsexporten und die Entbürokratisierung im Rahmen der neuen Industriestrategie sind geplant:

* Änderungen im **Sicherheitsexportgesetz (vormals Außenwirtschaftsgesetz)**

Durch die elektronische Antragstellung genügt ein formloser Antrag mit ID-Austria statt zahlreicher Unterlagen.

Voranfragen mit bereits erfolgten Unterlagen können in ein Genehmigungsverfahren übergeführt werden. Meldepflichten für Exporte in unkritische Länder (EU) werden reduziert.

Künftig gibt es klare Entscheidungsfristen von zwei Monaten. Reagiert die Behörde nicht, darf exportiert werden.

Es entfällt die Genehmigung, wenn Firmen Militärgüter bei Messen oder Vorführungen präsentieren wollen.

* Bei **Dual-Use-Gütern** (zivile und militärische Nutzung) sollen die Verfahren vereinfacht werden. Angedacht sind etwa Rahmengenapprobationen für ein ganzes Jahr für ein bestimmtes Produkt.

* Dual-Use-Güter sollen künftig für den Export auch staatlich abgesichert werden. Dabei übernimmt der Staat die **Exporthaftung**.

* Die Weiterentwicklung des **Kriegsmaterialgesetzes** ist derzeit in der Koalition in Abstimmung. Die Genehmigungspflicht soll unverändert bleiben.

* Im Rahmen der Industriestrategie werden die Mittel für **Forschung** im Bereich von definierten Schlüsseltechnologien (z.B. KI oder Luft- und Raumfahrt) aufgestockt.



Universalgeländefahrzeug BvS 10 „Hägglund“. Für Waffen ist jetzt immer Geld vorhanden

Fotoquelle: Archiv betrifft frieden

* Die „**Nationale Ausweichklausel**“ der EU wurde von Finanzminister Marterbauer im Dezember 2025 beantragt und im Februar 2026 in Brüssel für Österreich aktiviert. Es sind ausschließlich zusätzliche Schulden für Verteidigungsausgaben möglich, ohne das dafür ein zusätzliches EU-Defizitverfahren droht. Von 2025 können vier Jahre lang maximal 1,5 % des BIP beansprucht werden.

Die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in Österreich

- * 150 österreichische High-Tech-Unternehmen
- * Forschungsanteil 7,5 Prozent
- * Branchenumsatz: rund 3,3 Milliarden Euro im Jahr

Wertschöpfung durch heimische Beschaffung

- * 90 Prozent der Aufträge im Rahmen der Kasernenmodernisierungen in die regionale Bauwirtschaft
- * Beispiel Padur-Radpanzer: Anteil österreichische Wertschöpfung bei über 70 Prozent, mit mehr als 200 Unternehmen profitieren

Die gesetzlichen Änderungen motivieren immer mehr Firmen in den Rüstungsmarkt zu investieren.

Verfahren werden beschleunigt, Kontrollen, besonders im Dual-Use-Bereich, abgebaut. Nur mehr ein Ministerium soll für Bewilligungen zuständig sein. Am Kuchen der EU-Rüstungsmilliarden mitzunaschen, ist für österreichische Firmen und für Bundesheerinkäufer verlockend. Wo für die Rückzahlung der zusätzlich aufgenommenen Kredite eingespart wird, wird noch verschwiegen.

Zusammenstellung: Red.

TERMIN

FRIEDENSINITIATIVE 22/ ÖSTERREICHISCHER FRIEDENSRAT

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen) Pfarrzentrum (Zugang hinter der Bushaltestelle)

Do. 16.April 2026, 19 Uhr, Thema: Menschenrechts-NGOs unter Druck – Amnesty International. Vortrag und Diskussion mit der Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, Frau Shoura Zehetner-Hashemi

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42

In dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: BMWET, IPPNW Deutschland, SADOCC, Manfred Sauer, Shoura Zehetner-Hashemi

Layout: Lucia Hämmerle

Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.

Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.

Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

**betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.--
(ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)**

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

**DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
pax.vienna@chello.at**

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

Österreichische Post AG

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1/2026 P.b.b. MZ 20Z041963M

**Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42**